

An das
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1014 Wien

Zustellung via E-Mail

Steinabrückl, am 30. Oktober 2016

Veröffentlichung auf Parlamentshomepage erlaubt

Stellungnahme zu geplanten Änderungen im Sprengmittelgesetz 2010 sowie dem Waffengesetz 1996.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Betreffend der Freimenge bei Schiessmittelmengen, die bisher bei 10kg liegt, und die meinen bescheidenen Erinnerung nach in den letzten 30 Jahren nicht zu einer signifikanten Gefährdung oder signifikanten Anzahl von Anschlägen, Terrorakten oder Angriffen geführt hat, befürworte ich die Beibehaltung des Ist-Zustandes und Streichung der geplanten Änderung. Ich selbst sammle seit einiger Zeit meine Hülsen ein und überlege die Wiederlade-Thematik, aber durch die geplante Änderung scheint das unmöglich zu werden. Worauf hinaus? Ich habe keine Straftat begangen, weswegen das für mich unmöglich gemacht werden sollte!

Daß der Waffenpaß für die Exekutive als eigene Gruppe nun auf Verlangen ausgestellt werden soll, ist zu begrüßen und gut. Die Einschränkung auf 9mm erscheint aber ungerecht und unverständlich. Ich denke nicht daß jeder Polizist sofort davon Anspruch nehmen wird, sondern daß das einige wenige sein werden, die über das Schutzbedürfnis auch privat ein Interesse an Waffen haben und damit über einen sichereren Umgang verfügen. Und dann eventuell auch andere Kaliber haben, und sich mit denen vielleicht sicherer fühlen oder treffsicherer sind, weil sie damit mehr üben. Auch aus diesen Gründen ist diese Einschränkung auf 9mm abzulehnen.

Weiters ist es ungerecht oder zumindest unverständlich weshalb nicht auch Beamte der Justizwache und andere öffentliche Sicherheitskörper (z.B. Heeres-Angehörige), in diese Gruppe aufgenommen werden. Gerade bei Justizwachebeamten kann ich mir vorstellen daß sie einer erhöhten Gefährdung durch den ständigen Kontakt mit verurteilten Personen ausgesetzt sind, weil durch den längerfristigen Umgang „mehr Reibung“ möglich ist, als „nur“ bei der Exekutive, die die Ermittlung und Verhaftung (laienhaft gesprochen) durchgeführt hat.

Allgemein möchte ich anmerken daß auch die Waffenpässe für Jäger wieder auszustellen sind! Das ist zwar in dieser geplanten Änderung nicht enthalten, sollte aber bei einer Überarbeitung, ebenso wie der Zusatz für die Exekutive auch, über die aktive Jagdkarte als Rechtfertigung, möglicherweise mit Nachweis von FFW-Kursen der Jagdverbände, aufgenommen werden.

Sie erkennen auch daß das ein Ausnahmen-Regelwerk (Exekutive, Justiz, Finanzpolizei, Heer, Militär-Polizei, ...) wird, das undurchschaubar wird. Es ist deshalb das Gesetz betreffend der Ausstellung von Waffenpässen so zu ändern, daß die Ausstellung eines Waffenpasses in gerechter Weise, auf Verlangen wie bei der WBK, ohne Ermessen der Behörde, und nach Befähigung und Unbescholtenheit, zu erfolgen hat.

Die Zulassung des Schalldämpfers bei der Jagd ist gut und sinnvoll, aber es ist nicht nachvollziehbar warum das nur Berufsägern möglich gemacht werden soll, und nicht allen Jagdausübenden! Sind deren Ohren weniger schützenswert? Warum soll Wild im Rudel oder in der Nähe, von dem gerade durch einen Nicht-Berufsjäger ohne Schalldämpfer ein Stück erlegt wurde, nicht vor dem Schussknall geschützt werden? Diese Einschränkungen erscheint ungerecht, und ist daher abzulehnen.

Zur Stellungnahme: ich vertrete keinen Verein oder Organisation, sondern möchte als einfacher, steuerzahlender Bürger meine persönliche Meinung kundtun und die Stellungnahme abgeben. Ich habe in einer Studie gehört daß solche persönlichen Schreiben, oder Stellungnahmen der einzelnen Bürger an politische Körper, Abgeordnete, oder Parteien, durchaus nicht unbeachtet bleiben, weil der eine Schreiber 1000 Nicht-Schreiber repräsentiert, die genauso denken, sich aber nicht schreiben trauen, oder ihren Willen oder Unwillen nicht kundtun. Aber in der Wahlkabine machen sie das Wahl-X dort wie der eine Schreiber! Die Zahl 1000 ist sicher variabel, und Politikexperten könne die für

Österreich und den Wahlgang auf Gemeinde-, Landes- und National-Ebene bestimmen, aber die Überlegung ist richtig! Und die Politik betreffend Waffen und dem Waffengesetz läßt seit 2000 nicht länger das Wahl-X bei SPÖ, ÖVP oder den Grünen, zu, da sie die Entwaffnung der Bürger ideologisch, und nicht vernünftig begründbar, unterstützen und aktiv vorantreiben!

Hochachtungsvoll,
mit freundlichen Grüßen,
Philipp Ott